

Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 17.02.2022

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1,
26419 Schortens

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:45 Uhr

Anwesend sind:

Bürgermeister
Gerhard Böhling

Ratsvorsitzender
Tobias Masemann

Ratsmitglieder
Heide Bastrop
Udo Borckenstein
Andreas Bruns
Uwe Burgenger
Manfred Buß
Medeni Coskun
Ingbert Grimpe
Dennis Gunkel
Perdita Gunkel
Martin von Heynitz
Ralf Hillen
Axel Homfeldt
Janto Just
Kirsten Kaderhandt
Detlef Kasig
Torsten Kirchhoff
Marc Lütjens
Hans Müller
Wolfgang Ottens
Heino Putzehl
Pascal Reents
Manuela Röttger
Manuel Schoon
Stephan Schulze
Maximilian Striegl
Melanie Sudholz
Ralf Thiesing
Carsten Thomsen
Jörg Wächter
Sandra Wessel

Es fehlen entschuldigt.

RM Anne Bödecker

RM Werner Conrad

RM Egon Onken

Von der Verwaltung nehmen teil:

StD Anja Müller

StOAR Elke Idel

StOAR Thomas Berghof

Kom. FBL Frank Schweppe

VA Ingrid Eggers

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

RV Masemann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

RV Masemann stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

RV Masemann stellt die Tagesordnung fest.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 04.11.2021 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Bericht des Bürgermeisters

- 5.1. Neubau Kinderkrippe Jungfernbusch

Der Neubau der Krippe am Bildungszentrum Jungfernbusch schreitet gut voran. So ist der Innenausbau fast beendet und die Pflasterarbeiten im Außengelände sind abgeschlossen. Es wird von einer Fertigstellung im Mai d. J. ausgegangen.

- 5.2. Bildungsstandort Glarum

In Glarum ist mit dem Neubau der Mensa am Bildungszentrum begonnen worden. Zurzeit werden die Gründungsarbeiten für die Bodenplatte ausgeführt. Die Ausbaugewerke befinden sich noch im Vergabeverfahren und werden in den nächsten Wochen beauftragt. Die Gesamtinvestition beläuft sich auf ca. 670.000,00 €.

5.3. Digitalpakt Schulen/Einbau von Lüftungsanlagen

Die Aufträge aus dem Digitalpakt für die sieben Grundschulen wurden vor kurzem in einer Größenordnung von rund 367.500,00 € durch den Verwaltungsausschuss vergeben. Es ist geplant, mit der Ausführung Ende März zu beginnen. Der geplante Fertigstellungstermin für alle Grundschulen ist bis Ende Oktober eingeplant.

Ebenfalls durch den Verwaltungsausschuss vergeben wurden die Aufträge für den Einbau von Lüftungsgeräten in allen unseren Grundschulen in einer Größenordnung von rund 2,51 Mio. €.

In Abstimmung mit den Schulen werden die Arbeiten auch während des laufenden Betriebes der jeweiligen Schule ausgeführt. Auch hier ist geplant, dass die Arbeiten bis Ende Oktober abgeschlossen sind.

5.4. IT-Betreuung Grundschulen

Aufgrund des hohen Bedarfs wurde eine neue Stelle zur IT-Betreuung an den Grundschulen eingerichtet. Hier hat der ausgebildete Informatikkaufmann, Herr Henning Arnskötter, seit dem 20.01.2022 seine Arbeit aufgenommen.

5.5. Digitalisierung

Darüber hinaus ist zurzeit eine Stelle „IT-Projektmanagement“ in der Ausschreibung. Gesucht wird ein/e Mitarbeiter*in, der/die sich ausschließlich der Weiterentwicklung der Digitalisierung widmet.

Zurzeit werden die Leistungen nach dem OZG (Onlinezugangsgesetz) auf eine neue Homepage eingepflegt. Dabei werden im Rahmen des Bürger- und Unternehmensservices Niedersachsen (kurz: BUS) mehr als 3000 Beschreibungen zu Verwaltungsleistungen erfasst und deren Zuständigkeiten abgebildet.

Ein sogenannter „Digitalisierungs-Check“ wurde seitens der KDO durchgeführt und gibt der Stadt Handlungsempfehlungen bezüglich weiterer Digitalisierungsprojekte.

Hierzu gehört vorrangig die Einführung des elektronischen Bezahlverfahrens und die Einführung weiterer Onlinedienste („Online-Rathaus“). Im Anschluss wird dann schrittweise das Dokumentenmanagementsystem umgesetzt.

5.6. Umgestaltung Bahnhofsvorplatz

Die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes im Rahmen der Städtebauförderung wird derzeit vorbereitet. Es bestehen Überlegungen, hier im Zusammenspiel mit dem Verkehrsverbund Ems-Jade (VEJ), dem Landkreis Friesland und der Stadt Wilhelmshaven im Rahmen von entsprechenden Fördergeldern aus dem Kohleausstieg ein Mobilitätszentrum einzurichten. Sobald sich die Planungen hierzu konkretisiert haben, werden diese den städtischen Gremien zur Beratung vorgelegt.

5.7. Planungen/Arbeiten Dritter:

Nach Durchführung der archäologischen Untersuchungen und Freigabe durch die Denkmalschutzbehörden hat die IDB die Erschließungsarbeiten für den Bereich „Diekenkamp“ im Wesentlichen abgeschlossen und die Vermarktung ist angelaufen. Dem Vernehmen nach ist die Nachfrage nach diesen Grundstücken sehr hoch. Es werden ca. 100 Wohneinheiten entstehen.

Die überarbeitete Bauleitplanung für das geplante neue Baugebiet am Klosterweg wird nächste Woche dem „Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt“ zur Beratung vorgelegt.

Für den Bereich des Bebauungsplanes „Dicktonnenstraße“ in Sillenstede sind die Vorarbeiten zur Erschließung durch den privaten Investor angelaufen.

Gleiches gilt für den Bereich des neu geplanten Wohngebietes in Roffhausen gegenüber dem TCN in der Olympiastraße. Hier sind Rückschnittarbeiten durchgeführt worden und mit der Erschließung soll demnächst begonnen werden. Spätestens im kommenden Jahr haben wir dann auch ein Neubaugebiet in Roffhausen.

5.8. Abgeschlossene Baumaßnahmen

Abgeschlossen wurden die Arbeiten für die „Umlegung des Schmutzwasserkanals an der Rheinstraße“ sowie die Sanierung des „Regenwasserkanals im Kreuzweg im Bereich von der Menkestraße bis zur Hohen Gast“.

In Vorbereitung befinden sich nach Genehmigung des diesjährigen Haushalts die „Erneuerung des Regenwasserkanals im Nelkenweg in Middelsfähr“ sowie in der „Kieler Straße in Heidmühle“.

6. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen geäußert.

7. Vorlagen des "Ausschusses für Schule, Jugend und Sport" vom 25.11.2021

7.1. Änderung des KiTa-Vertrages mit dem Landkreis Friesland
SV-Nr. 16//1858

7.1.1. Antrag der Fraktion "Freie Bürger" vom 13.02.2022 auf Abgabe des KiTa-Betriebs an den Kreis **AN-Nr: 21/0024**

7.1.2. Antrag der Fraktion "Freie Bürger" vom 17.02.2022 - Fassung einer separaten Zusatzerklärung zum KiTa-Vertrag **AN-Nr: 21/0024/1**

7.1.3. Antrag der Fraktion "Freie Bürger" vom 17.02.2022, die Zustimmung zum KiTa-Vertrag unter einen Vorbehalt zu stellen **AN-Nr: 21/0024/2**

RV Masemann weist auf die von der Fraktion „Freie Bürger“ zu diesem Tagesordnungspunkt eingereichten Anträge hin.

Anschließend übergibt er die Sitzungsleitung an den stellv. Ratsvorsitzenden Reents.

In seiner Funktion als Vorsitzender des „Ausschusses für Schule, Jugend und Sport“ teilt **RM Masemann** mit, dass dem Fachausschuss die Aufnahme einer klaren Regelung zur jährlichen Überprüfung der Kostenbeteiligung sowie die Festlegung einer Kündigungsfrist besonders wichtig waren. Da der vorliegende Vertragsentwurf diese Regelungen beinhaltet und künftig eine finanzielle Verbesserung für die Stadt erreicht werden kann, habe der Ausschuss mehrheitlich empfohlen, dem Vertragsabschluss zuzustimmen. RM Masemann bittet die Ratsmitglieder, der vorliegenden Beschlussempfehlung zuzustimmen.

Der **stellv. RV Reents** übergibt die Sitzungsleitung wieder an RV Masemann.

RM Bruns erklärt, dass für ihn als Angestellter des Landkreises Friesland das gesetzliche Mitwirkungsverbot gilt und er an der Beratung und Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 7.1 einschließlich Unterpunkten nicht mitwirken wird.

RM Kasig führt aus, dass es bis zur heutigen Vorlage des Vertragsentwurfes ein politisch langer Weg war und nunmehr die bereits von RM Masemann erläuterten Änderungen bzw. Ergänzungen aufgenommen wurden. In den Verhandlungen seien Kompromisse gefunden worden, so dass zwischenzeitlich fast alle Nachbarkommunen und der Landkreis diesem Vertragswerk zugestimmt haben. Auch die SPD-FDP-Gruppe werde dem Beschlussvorschlag heute zustimmen.

Die Fraktion „Freie Bürger“ findet es grundsätzlich gut, wenn der Landkreis Friesland sich mit 50 % an den Kosten beteiligt. Jedoch werde eine Beteiligung in dieser Höhe nicht erreicht, so **RM Just**, weil die Stadt nur 2,135 Mio. erhalten wird, ihre Kosten aber bei 5,5 bis 6,0 Mio. liegen. Er merkt an, dass sich eine Differenz zur ursprünglichen Forderung von fast 1,00 Mio. Euro ergibt.

Bisher sei die Fraktion „Freie Bürger“ davon ausgegangen, dass bei Abgabe der Kindertagesstätten an den Landkreis Friesland die Kosten entsprechend zu tauschen wären. Bei einem jährlichen Zuschuss von 2,135 Mio. Euro an den Landkreis Friesland würde sich für die Stadt Schortens dann ein jährlicher finanzieller Vorteil von 1,4 Mio. Euro ergeben, was sich - ohne Einbußen - sehr positiv auf die Schuldenentwicklung auswirken würde.

Daher ist RM Just sehr irritiert über die heutige Pressemitteilung des Landkreises Friesland, wonach sich die Kostensituation der Stadt Schortens bei einer Abgabe der Kindertagesstätten an den Kreis nicht verändern würde. Er hält es für dringend notwendig, die Bedingungen für die Kommunen zu klären, die ihre Kindertagesstätten nicht selbst betreiben. Den Antrag zur Abgabe der Kindertagesstätten an den Kreis stellt seine Fraktion bis nach der Klärung dieser Frage zurück.

Da auch die Vertragsunterzeichnung nach Ansicht der Fraktion „Freie Bürger“ erst nach Vorliegen dieser Kostangaben erfolgen sollte, beantragt sie ergänzend, den vorliegenden Beschluss unter Vorbehalt zu fassen.

Weiter führt RM Just aus, dass die Stadt Schortens bei Anwendung des derzeitigen Verteilungsschlüssels des Äquivalenzmodells erheblich benachteiligt und im Grunde genommen dafür bestraft wird, dass sie besonders viele Betreuungsstunden und Ganztagsplätze anbietet. Seine Fraktion beantragt daher mit einer Zusatzklärung zum Beschluss zum Ausdruck zu bringen, dass die Stadt mit diesem Verteilungsschlüssel nicht einverstanden ist.

Nach Ansicht von **BM Böhling** ist nach langer Verhandlung ein grundsätzlich gutes Ergebnis erzielt worden. Für die Stadt Schortens wird sich dadurch für das nächste Jahr eine finanzielle Verbesserung von ungefähr 2,1 Mio. Euro ergeben sowie eine jährliche Kündigungsmöglichkeit. Zum Redebeitrag des RM Just gibt er zu bedenken, dass sich die Platzverhältnisse (Ganztagsplätze) ständig verändern und sich damit auch die Kostensituation für die Stadt Schortens bei Anwendung dieses Modells in zwei, drei Jahren möglicherweise ganz anders darstellen könnte. Er bittet die Ratsmitglieder, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

RM Ottens erklärt, dass diese Verhandlungen aus der seinerzeitigen „Arbeitsgruppe Haushalt“ des Rates angeschoben wurden und die von RM Just geäußerten Bedenken daher nicht ganz von der Hand zu weisen sind. Im Ergebnis der Verhandlungen liege nunmehr ein Vertrag vor, der Rechtssicherheit und damit eine vernünftige Basis für die Zukunft biete. Er spricht sich für die Unterzeichnung des Vertrages und Klärung der von der Fraktion „Freie Bürger“ geäußerten Fragen aus.

RM Homfeldt erklärt, dass sich durch den Vertrag eine finanzielle Verbesserung für die Stadt Schortens ergibt und dies ein Schritt in die richtige Richtung darstellt. Jedoch dürfe man dabei nicht vergessen, dass die Stadt künftig 5 Punkte mehr Kreisumlage zahlen muss und die den Kommunen zugesicherten 1,8 Mio. Euro für die Kinderbetreuung mit der Kreisumlage verrechnet und nicht mehr fließen werden. Damit würde sich die Kreisumlage auf fast 7 Punkte erhöhen. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag daher mit Bauchschmerzen zustimmen.

Die von RM Just geäußerten Bedenken sind nach Ansicht der CDU-Fraktion berechtigt und daher kann sie sich der beantragten Protokollnotiz anschließen.

RM Homfeldt weist darauf hin, dass der Beschluss nicht unter Vorbehalt gefasst werden kann, zumal auch die anderen Kommunen jetzt über den Vertrag beschließen und diesen unterzeichnen möchten, um Planungssicherheit zu erhalten.

BM Böhling gibt den rechtlichen Hinweis, dass der Vertrag nicht zustande kommt, wenn eine Protokollnotiz zum Vertrag beschlossen wird, weil der Kreistag einen anderslautenden Beschluss gefasst hat.

Auf Nachfrage des Bg. Homfeldt betätigt BM Böhling, dass der Rat eine separate Erklärung beschließen kann, die aber nicht Bestandteil des Vertrages sein darf.

RM Just spricht sich dafür aus, eine separate Erklärung zu beschließen und ändert den Antrag seiner Fraktion entsprechend.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über die Anträge der Fraktion „Freie Bürger“.

1. Antrag der Fraktion "Freie Bürger" vom 17.02.2022 zur Fassung einer separaten Zusatzerklärung (Protokollnotiz) zum KiTa-Vertrag **(AN-Nr. 21/0024/1)**

Die Stadt Schortens bringt durch eine separate Erklärung (Protokollnotiz) zum KiTa-Vertrag zum Ausdruck, dass sie den Verteilungsschlüssel für den 50%igen Kreiszuschuss zu den KiTa-Kosten, Verteilung nach „Äquivalenzmodell“, weder als gerecht im Sinne der Gleichbehandlung noch als zielführend ansieht.

Dem Antrag wird mit 17 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen zugestimmt.

2. Antrag der Fraktion "Freie Bürger" vom 17.02.2022, die Zustimmung zum KiTa-Vertrag unter einen Vorbehalt zu stellen **(AN-Nr. 21/0024/2)**

Der Antrag wird bei 3 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

Bei 28 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Der der Sitzungsvorlage beigelegte Vertragsentwurf zwischen dem Landkreis Friesland und den Städten/Gemeinden betr. Wahrnehmung der Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Bereich der Kindertagesstätten wird beschlossen.

- 7.2. Änderung des Vertrags über den Betrieb von Kindertagesstätten mit der ev.-luth. Kirchengemeinde Schortens **SV-Nr. 21//0020**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

Der der Sitzungsvorlage anliegende Vertragsentwurf über den Betrieb von Kindertagesstätten zwischen der Stadt Schortens und der ev.-luth. Kirchengemeinde Schortens wird beschlossen.

8. Vorlage des "Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt"
vom 24.11.2021

8.1. Sanierungsgebiet Menkestraße - Verfahrenswechsel **SV-Nr. 21//0012**

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Der Rat der Stadt Schortens beauftragt die Verwaltung den Verfahrenswechsel für das Gebiet „Schortens-Menkestraße“ vorzubereiten. Geplant ist der Wechsel aus dem Sanierungsverfahren nach §142 BauGB in ein Verfahren nach § 171 b BauGB. Die Vorbereitung des Verfahrenswechsels beinhaltet die Abstimmung mit dem Fördermittelgeber sowie die Vorbereitung des Abschlusses der Sanierung nach § 142 BauGB (Endwertermittlung durch Gutachterausschuss für Grundstückswerte zum aktuellen Stichtag).

9. Vorlage des "Betriebsausschusses Stadtentwässerung"
vom 14.12.2021

9.1. Eigenbetrieb Stadtentwässerung Haushalt 2022 - Investitionsprogramm 2022 bis 2025 **SV-Nr. 21//0048**

Es wird einstimmig nachfolgender Beschluss gefasst

1. Der der Sitzungsvorlage beigefügte Haushaltsplan des Eigenbetriebes Stadtentwässerung der Stadt Schortens für das Haushaltsjahr 2022 wird beschlossen.
2. Das der Sitzungsvorlage beigefügte Investitionsprogramm 2022 bis 2025 wird beschlossen.

10. Vorlagen des "Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft"
vom 16.12.2021

10.1. Bericht über die überörtliche Prüfung "Haushaltsrisiken und Investitionsrückstände" **SV-Nr. 21//0025**

RM Bruns, Vorsitzender des „Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft“ erklärt, dass die Aussagen des Landesrechnungshofes wenig konkret und wenig im Detail auf die Stadt Schortens bezogen sind. Im Ausschuss habe aber Einigkeit bestanden, dass es sinnvoll wäre, über die empfohlene Erarbeitung einer kommunalen Investitionsstrategie noch einmal nachzudenken. RM Bruns empfiehlt daher, dieses Thema in der nächsten Fachausschusssitzung noch einmal aufzugreifen oder zumindest in den Diskussionen zu den entsprechenden Haushaltsthemen zu berücksichtigen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

10.2. Festsetzung des kalkulatorischen Zinssatzes 2022 – 2024
SV-Nr. 21//0042

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Der kalkulatorische Zinssatz für die Kostenrechnungen wird für die Jahre 2022 bis 2024 auf **1,40 %** festgesetzt.

11. Vorlagen des "Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt"
vom 26.01.2022

11.1. Sofortprogramm "Perspektive Innenstadt" Umsetzung von Vorhaben im innerstädtischen Bereich **SV-Nr. 21//0078**

Es wird mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung nachfolgender Beschluss gefasst:

Die in der Sitzungsvorlage dargestellten Maßnahmen, mit Ausnahme der Ziffer 5 (Verweilinsel Ladestraße), sollen im Rahmen des Sofortprogramms „Perspektive Innenstadt“ in 2022 umgesetzt werden. Der hierfür erforderliche Eigenanteil von 10%, in Höhe von 34.500 €, wird im Haushalt 2022 zur Verfügung gestellt.

11.2. Straßenbenennung im Bebauungsplangebiet Nr. 133 „Olympiastraße“
SV-Nr. 21//0080

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

Die im beigefügten Lageplan zur Sitzungsvorlage dargestellte Planstraße im Bebauungsplangebiet Nr. 133 „Olympiastraße“ wird in „Bielefelder Straße“ benannt.

12. Vorlagen des "Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft"
vom 02.02.2022

12.1. Allgemeine Gebühren- und Entgeltanpassung 2022 einschließlich Verwaltungskostensatzung 2022 **SV-Nr. 21//0067**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

1. Die der Sitzungsvorlage beigefügten Gebühren- und Entgeltanpassungen werden beschlossen.
2. Die Gebühren- und Entgeltanpassung der Kindertagesstätten, der Randbetreuung an Grundschulen, der Ferienbetreuung im Pferdestall Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien und dem Schul- und Vereinsschwimmen tritt zum 01.08.2022 in Kraft.
3. Die kirchlichen Träger der Stadt Schortens werden gebeten, die Gebührensatzung entsprechend anzupassen.

- 12.2. Haushalt 2022, Investitionsprogramm 2022-2025 **SV-Nr. 21//0085**
12.2.1. Haushalt 2022, Investitionsprogramm 2022-2025 **SV-Nr. 21//0085/1**

RM Buns, Vorsitzender des „Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft“, teilt mit, dass der vorgelegte Haushalt in den letzten beiden Sitzungen des „Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft“ von der Verwaltung ausführlich dargestellt und zwischen den Ausschussmitgliedern diskutiert wurde.

Näher geht er auf die Zahlen des Haushaltes ein. Der Ergebnishaushalt hat einen Umfang von über 38 Mio. Euro und weist einen Überschuss von rund 330.000,00 € aus. Der Ergebnishaushalt ist somit ausgeglichen und es muss kein Haushaltssicherungskonzept erstellt werden.

Der Finanzhaushalt beinhaltet geplante Investitionen in Höhe von 7,5 Mio. Euro. Nach Abzug von Tilgung, den Überschüssen aus Verwaltungstätigkeit und Einnahmen aus Förderprogrammen verbleibt ein Finanzmittelbedarf von 4,3 Mio. Euro, welchen die Stadt über eine Neukreditaufnahme decken muss. Dadurch erhöht sich der Schuldenstand in diesem Jahr auf 31,3 Mio. Euro.

Auch in den Folgejahren bewegt sich der Schuldenstand auf einem hohen Niveau. In der mittelfristigen Planung bis Ende 2025 beträgt der Schuldenstand immer noch 29,5 Mio. Euro. Die Verpflichtung im Rat sei es daher mehr denn je, so **RM Bruns**, eine gemeinsame Strategie für den Schuldenabbau zu entwickeln, damit auch in Zukunft die erforderlichen Investitionen getätigt werden können und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt erhalten bleibe.

RM Kasig erklärt, dass die SPD-FDP-Gruppe sehr zufrieden ist mit dem überarbeiteten Haushalt 2022. Die Anregungen seiner Gruppe aus der Sitzung des „Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft“ vom 02.02.2022 seien eingeflossen und daher werde die Gruppe der Haushaltssatzung, dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 und dem Investitionsplan 2022 – 2025 zustimmen.

Für die CDU-Fraktion sei es sehr erfreulich, so **RM Striegl**, dass der aktuelle Haushalt endlich einen Überschuss von ca. 330.000,00 € ausweist. Dieser werde nach Ansicht seiner Fraktion jedoch nicht ausreichen, um die zukünftig festgelegten Maßnahmen zu decken. Und zwar deshalb, weil die Stadt diese Investitionen und Maßnahmen durch Kredite tätigen muss, die zur Refinanzierung aufgenommen werden müssen. Dies habe zur Folge, dass der Schuldenstand massiv auf ein aus Sicht der CDU-Fraktion kritisches Maß ansteigen werde. Herzu geht er näher auf die aktuelle Prognose ein.

Bereits Ende dieses Jahres und auch Ende nächsten Jahres werde die Stadt demnach einen Schuldenstand von 30 Mio. Euro erreichen. Mittelfristig werde sich dieser wohl bei 29 Mio. Euro einpendeln. Für die CDU-Fraktion stelle sich die Frage, ob die Prognose einzuhalten ist oder sich noch verschlimmern wird.

RM Striegl merkt an, dass dieser hohe Schuldenberg die Stadt aufgrund der zu leistenden Tilgungsleistung in ihrem zukünftigen Handeln einschränken wird. Nach aktuellem Stand werde die Stadt ca. 40 bis 45 Jahre benötigen, diese Schulden abzubezahlen. Bereits im vergangenen Jahr habe der Landkreis Friesland in der Haushaltsgenehmigung vermerkt, so RM Striegl, dass die Finanzierung weiterer Investitionen in den Folgejahren der Leistungsfähigkeit der Stadt anzupassen sind und Schortens ernsthafte Anstrengungen unternehmen müsse, den Schuldenstand auf Dauer zu senken.

Für die CDU-Fraktion sind Investitionen, die in den Pflichtaufgabenbereich – wie Schulen, Kindertagesstätten, Feuerwehr usw. - fallen, vertretbar, weil dort Werte für Familien und Kinder generiert werden, die den Generationen gerecht werden. Eine Umsetzung von freiwilligen Aufgaben könne erst anschließend erfolgen.

RM Striegl betont, dass bereits seit fünf, sechs Jahren in jeder Haushaltsgenehmigung auf den für die Verhältnisse der Stadt hohen Freiwilligenanteil hingewiesen wurde. Seine Fraktion habe daher Anträge eingereicht, die zur nachhaltigen Verbesserung der Haushaltssituation beitragen sollen, deren Beratung aber noch ausstehe.

Er weist darauf hin, dass die Stadt im vergangenen Jahr zunächst keine Haushaltsgenehmigung erhalten und über 9 Monate eine haushaltslose Zeit hatte. Dies habe dazu geführt, dass bestimmte Investitionen – gerade auch im Pflichtbereich – nicht getätigt werden konnten und in diesem Jahr nachgeholt werden müssen.

Nach Ansicht der CDU-Fraktion ist der Haushalt zudem noch stark unvollständig, da die Vorlage des Masterplans für die Schulen und des Feuerwehrbedarfsplans noch aussteht. Auch in diesen Bereichen sei mit erheblichen Investitionen zu rechnen.

Abschließend teilt RM Striegl mit, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt aufgrund des starken Schuldenzuwachses, der fehlenden Einplanungen von Investitionen und der noch ausstehenden Beratungen zu ihren Anträgen nicht zustimmen kann.

RM Grimpe erklärt, dass die Fraktion „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ dem Haushalt auch zustimmen wird. Dennoch möchte er drei Punkte anmerken:

1. Das Hallenbad „Aqua Fit“ stehe in der mittelfristigen Finanzplanung mit einem Minus von 520.000,00 € und die Energiezentrale mit einem Minus von 35.000,00 €, also insgesamt 555.000,00 €. Versprochen sei ursprünglich ein Minus von 300.000,00 € gewesen.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung 2016 habe das Bad 220.000,00 € kosten und die Energiezentrale 200.000,00 € einbringen sollen. 2018 habe das Minus beim Bad noch bei 240.000,00 € gelegen, die Energiezentrale nur noch mit 100.000,00 € im Plus. 2020 habe das Bad dann bei einem Minus von 320.000,00 € gelegen, die Energiezentrale noch bei 100.000,00 €.

Wenn diese Entwicklung andauern sollte, so RM Grimpe, würde sich das Minus in ein paar Jahren auf 1 Mio. Euro belaufen. Er sieht hier Beratungsbedarf für den jetzigen Rat, insbesondere auch, weil die eingeplanten Besucherzahlen und damit auch die Einnahmen voraussichtlich nicht eingehalten werden können.

2. Für die Maßnahme „Sanierung des Gebäudes auf dem Sportplatz des HFC“ sei ein Investitionszuschuss von 400.000,00 € eingeplant. Das Förderprogramm, aus dem diese Gelder fließen sollen, beziehe sich eigentlich auf Sportstätten, Schwimmbäder und Plätze. RM Grimpe weist darauf hin, dass dieses Programm zum 31.03.2022 ausläuft und die Mittel noch beantragt werden müssen.

Seiner Ansicht nach sollten Summen, die noch nicht beantragt wurden und für die keine Zusage vorliegt, nicht in den Haushalt eingestellt werden. Es gehöre sich nicht, so RM Grimpe, mit einem erhofften Ergebnis im Haushalt etwas schönzurechnen, nur weil man es politisch gern haben möchte.

3. RM Grimpe hält es für sinnvoll, für die Stadt Schortens mit Dingen zu werben, die einen positiven Eindruck bei den Menschen hinterlassen.

Daher regt er an, mit der modernen „Energiezentrale“ und der damit verbundenen Nachhaltigkeit für Schortens zu werben

RM Just teilt mit, dass die Fraktion „Freie Bürger“ dem Haushalt zustimmen wird. Zufrieden sei seine Fraktion mit diesem Haushalt aber nicht, zumal Ende dieses Jahres eine Rekordverschuldung von 33 Mio. Euro erreicht werden wird, was fast eine Verdoppelung innerhalb von zwei Jahren entspreche.

Er unterstreicht, dass er Perspektiven aus den anderen Fraktionen und der Verwaltung für einen Ausweg aus dieser mäßigen Situation vermisst. Die deutlichste Verbesserung könnte nach Ansicht seiner Fraktion – wie bereits von ihm in der heutigen Sitzung erwähnt -, durch eine Abgabe der Kindertagesstätten an den Landkreis Friesland erreicht werden. Diese würde das Ergebnis des Haushaltes im Vergleich zur aktuellen Situation um mindestens 1 Mio. Euro verbessern.

Außerdem könne durch die Übernahme des Grundstückes des HFC in Schoost und eine dortige Baulandentwicklung eine einmalige Verbesserung des Haushaltes um 800.000,00 € erreicht werden.

Zum Redebeitrag des RM Grimpe merkt RM Just an, dass in der Regel jede öffentliche Einrichtung einen Zuschussbedarf hat, aber in erster Linie immer das Hallenbad kritisch beurteilt wird. Er gibt zu bedenken, dass sich der Zuschussbedarf für das Hallenbad durch die Corona-Pandemie erhöht hat, aktuell aber eine deutliche Verbesserung der Besucherzahlen festzustellen ist. Seiner Einschätzung nach erfolgt die Beurteilung durch die Fraktionen ideologisch und nicht nach dem Nutzen für die Menschen. RM Just sieht Einsparpotenzial beim Familienzentrum, dessen jährlicher Zuschussbedarf bei 550.000,00 € liegt.

BM Böhling merkt zum Redebeitrag des RM Grimpe an, dass seinerzeit seriöse Berechnungen für das Hallenbad und die Energiezentrale erstellt wurden, die sich in einer Bestandsaufnahme nach einem halben Jahr Betrieb auch bestätigt haben. In Abstimmung mit dem Verwaltungsausschuss wurde das Bad dann wegen der Corona-Pandemie geschlossen, so dass über einen langen Zeitraum kein öffentlicher Badebetrieb stattfinden konnte. Er ist sich sicher, dass der Zuspruch nach der Corona-Pandemie wieder entsprechend hoch sein wird.

Nach Ansicht von BM Böhling sollte Werbung mit einer Einrichtung erst dann gemacht werden, wenn diese gut und richtig läuft. Da derzeit noch ein gemeinsames Projekt mit dem Fraunhofer Institut in der Energiezentrale durchgeführt wird, hält er es für verfrüht, bereits jetzt damit für die Stadt zu werben.

Weiter führt er aus, dass es üblich ist, Zuschüsse aus Förderprogrammen im Haushalt einzuplanen und ein entsprechender Förderantrag für das HFC-Gebäude fristgerecht gestellt werden wird.

Zum Redebeitrag des RM Just merkt **RM Bruns** an, dass die CDU-Fraktion mit ihren noch zur Beratung ausstehenden Anträgen Perspektiven entwickeln und damit zur Verbesserung des Haushaltes beitragen möchte. Den Vorwurf, seine Fraktion habe keine Vorschläge zur Verbesserung der Haushaltssituation eingebracht, weist er daher entschieden zurück.

Nach weiteren Redebeiträgen der Ratsmitglieder Grimpe, Homfeldt, Just, Borkenstein und Kasig erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Bei 21 Ja-Stimmen und 11 Gegenstimmen wird nachfolgender Beschluss gefasst:

1. Die der Sitzungsvorlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 werden beschlossen.
2. Das der Sitzungsvorlage beigefügte Investitionsprogramm 2022-2025 wird beschlossen.

12.3. Jahresabschluss 2010 der Stadt Schortens; Entlastung des Bürgermeisters; Feststellung und Verwendung des Ergebnisses
SV-Nr. 21//0095

BM Böhling erklärt, dass er befangen ist und daher an der Diskussion und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teilnehmen wird.

RM Bruns, Vorsitzender des „Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft“ geht näher auf den Jahresabschluss 2010 ein. Dieser weist einen Fehlbetrag von knapp 990.000,00 € aus, der nun entsprechend in die Bilanz einfließt.

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zur Eröffnungsbilanz um etwas über 2 Mio. Euro auf insgesamt 90,2 Mio. Euro erhöht. Der Schuldenstand hat sich dagegen ebenfalls um knapp 2 Mio. Euro erhöht und beträgt nun 14,4 Mio. Euro.

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises habe in seinem Bericht eine grundsätzlich ordnungsgemäße Buchführung sowie die ordnungsgemäße Erstellung des Jahresabschlusses festgestellt und der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft in seiner Sitzung am 02.02.2022 daher dem vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zugestimmt. RM Bruns bittet die Ratsmitglieder dieser Empfehlung zu folgen und dadurch den Bürgermeister zu entlasten.

Einstimmig wird nachfolgender Beschluss gefasst:

1. Der Jahresabschluss 2010 der Stadt Schortens in der Fassung vom 06.12.2021 wird gem. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG beschlossen.
2. Für das Haushaltsjahr 2010 wird dem Bürgermeister Gerhard Böhling die Entlastung gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG i.V.m. § 129 Abs. 1 S. 3 NKomVG erteilt.
3. Das ordentliche Ergebnis in Höhe von -1.238.052,44 € wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG i.V.m. § 24 Abs. 1 KomHKVO mit dem außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 247.652,08 € verrechnet. Der verbleibende Jahresfehlbetrag in Höhe von 990.400,36 € wird gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG i.V.m § 24 Abs. 2 KomHKVO in der Bilanz auf das nächste Haushaltsjahr vorgetragen.

13. Vorlage des Verwaltungsausschusses vom 25.01.2022

13.1. Änderung der Geschäftsordnung (Sitzungsbeginn – VA)
SV-Nr. 21//0086

Es ergeht einstimmig nachfolgender Beschlussvorschlag:

Die Geschäftsordnung ist unter § 21 Absatz 1 dahingehend zu ändern, dass die Sitzungen des Verwaltungsausschusses um 17 Uhr (statt wie bisher um 16 Uhr) beginnen. Die entsprechende Änderung der Geschäftsordnung ist beigelegt.

14. Neubenennung hinzugewählter Mitglieder des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport **SV-Nr. 21//0027**

Einstimmig ergeht nachfolgender Beschluss:

Es wird festgestellt, dass die namentlich benannten Personen als hinzugewählte Mitglieder im Ausschuss für Schule, Jugend und Sport vertreten sind.

1. Stadtelternrat der Schulen

Name: **Melanie Pille** Stellv.: **Simon Langenstein**

2. Stadtelternrat der Kindertagesstätten

Name: **Henrik Bentama** Stellv.: **Sabiha Dietrich u.
Michael Mühlmann**

3. Vertreter der Lehrerschaft

Name: **Bianca Schliep** Stellv.: **Imke Gerdes**

4. Träger freier Jugendhilfe

Name: **Jutta Wilhelms** Stellv.: **Marina Neumann**

5. JugendsprecherIn

Hinweis: Da die gewählten Jugendsprecher ihr Amt niedergelegt haben, wird zunächst kein hinzugewähltes Mitglied benannt. Sofern neue Wahlen erfolgen, wird dies nachgeholt.

15. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen und Anregungen geäußert.